

Strategische Steuerung der Stadt Wuppertal

Präambel

Die Stadt Wuppertal steht - wie auch viele andere Kommunen - vor einer ihrer größten Herausforderungen. Die Bevölkerung wird sich mittelfristig erheblich verringern. Die Wirtschaft befindet sich in einer strukturellen Krise bei hoher Arbeitslosigkeit. Es droht eine soziale Segregation¹. Die städtischen Finanzen befinden sich in einem katastrophalen Zustand.

Es ist daher notwendig, alle Kräfte zu mobilisieren und gemeinsam Ziele und Handlungsschwerpunkte zu erarbeiten und umzusetzen, um diesem Trend entgegenzuwirken. Zu diesem Zweck werden erstmalig strategische Ziele – orientiert am Leitbild/Zieldreieck der nachhaltigen Entwicklung - und Handlungsschwerpunkte der Stadt – verbunden mit diesen zugeordneten Indikatoren – formuliert.

Das oberste Ziel ist ein lebenswertes und attraktives Wuppertal. Die Orientierung erfolgt dabei am Leitbild/Zieldreieck der nachhaltigen Entwicklung, auch unter dem Prinzip von Gendermainstreaming². Es werden die im Rahmen der Agenda 21 beschlossenen Zielsetzungen aufgegriffen und weitergeführt. Hier sind ökonomische, soziale und ökologische Aspekte gleichgewichtig, gleichzeitig und unter Genderanspekten zu verfolgen.

Die neue strategische Steuerung geht auch von einem veränderten Selbstverständnis von Stadt und Stadtverwaltung aus. Selbstverständlich übt die Stadtverwaltung in einzelnen Bereichen hoheitliche Funktionen aus – hier obliegt ihr die Aufgabe, notwendige Entscheidungen angemessen zu treffen und transparent zu machen. Darüber hinaus erfüllt sie wesentliche Kernaufgaben öffentlicher Daseinsvorsorge. Hierfür hat sie eine Gewährleistungspflicht und muss die Aufgaben in eigener Verantwortung wahrnehmen oder hat dafür Sorge zu tragen, dass Dritte sie adäquat erfüllen. Diese klassische Eingriffs- und Leistungsverwaltung wurde in den letzten Jahrzehnten aber zunehmend ergänzt durch die Kommune als Dienstleister. Die Bürgerinnen und Bürger wurden Kunden. Darüber hinaus sind Anhörungs- und Beratungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gestärkt worden. Direkte demokratische Instrumente wie Bürgerbegehren und –entscheide, Agenda-Prozesse, Runde Tische, Stadtteilforen sind Teil des Lebens in der Stadt.

¹ Insbesondere Trennung nach sozialer Stellung und Einkommen

² Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vorneherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt

Jetzt findet ein weiterer Paradigmenwechsel statt; die Bürgerinnen/Bürger sind nicht nur Empfänger städtischer Leistungen, die möglichst bedarfsgerecht und kompetent im Sinne eines modernen Dienstleisters erbracht werden, sondern auch Mitwirkende und Träger von Verantwortung für das örtliche Gemeinwesen. Es werden nämlich eine Vielzahl örtlicher Projekte verwirklicht und Aktivitäten durchgeführt, in denen Bürger, Gruppen, Organisationen und Unternehmen als Mitgestalter oder Koproduzenten kommunaler Lösungen und Projekte in Erscheinung treten. Viele kommunale Leistungen und manche Investitionen sind ohne bürgerschaftliches Engagement oder Public-private-Partnership nicht mehr realisierbar.

Dieses Bestreben, sich zu engagieren und Dinge selbst in die Hand zu nehmen, korrespondiert mit der sich zuspitzenden finanziellen Situation der Kommunen. Viele Bereiche, die früher von der Kommune getragen oder aber von ihr finanziell unterstützt wurden, müssen jetzt oder in naher Zukunft darauf verzichten.

Der zunehmende Wunsch nach Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bedeutet eine Herausforderung für die kommunale Verwaltung. Die Identifikation mit dem Gemeinwesen findet in erster Linie auf lokaler Ebene statt. Ziel der kommunalen Verwaltung ist künftig, Kräfte und Aktivitäten bürgerschaftlichen Engagements zu bündeln und zu fördern sowie die Selbsthilfe und Selbstorganisation zu unterstützen. Dies bedeutet, dass die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern klar umrissene Angebote für freiwillige Tätigkeiten unterbreitet, sie an Aufgaben, die bisher von der Kommune wahrgenommen werden, zu beteiligen, ihnen Qualifizierungsmöglichkeiten eröffnet, Vernetzungen der bestehenden Aktivitäten herstellt, Projekte begleitet, Tätigkeiten in der Öffentlichkeit angemessen würdigt und als Ansprechstelle für alle Interessierten zur Verfügung steht. Die Verwaltung erfüllt die Rolle als koordinierende Stelle und als „Plattform“. In diesem Sinne kann von einer aktivierenden Kommunalverwaltung und einer Bürgerkommune gesprochen werden.

Dies ist der Kern des neuen Selbstverständnisses!

Die Stadt ist die Gesellschaft der Einwohnerinnen und Einwohner mit dem gemeinsamen Ziel eines attraktiven und lebenswerten Wuppertals. Dazu müssen möglichst viele einzelne Einrichtungen, Institutionen und Gruppen, aber auch jeder einzelne, gemeinsam unter Berücksichtigung der individuellen Möglichkeiten beitragen.

Dieses Eigenengagement trägt maßgeblich zur Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt bei. Es bietet darüber hinaus eine große Chance zur Stärkung der Demokratie in der Kommune. Kommunale Selbstverwaltung bedeutet künftig mehr denn je auch bürgerschaftliche Selbstorganisation und Selbstverantwortung.